



**Katrin Werner**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Katrin Werner, MdB, Paulinstraße 1-3, 54292 Trier

Trier, den 05.05.2015  
Bezug: Offener Brief zur Situation der  
freiberuflichen Hebammen

**Katrin Werner, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Unter den Linden 50  
Raum: 3.031  
Telefon: +49 30 227-74337  
Fax: +49 30 227-76337  
Email\_Berlin:  
katrin.werner@bundestag.de

**Wahlkreis\_Büro:**

Paulinstraße 1-3  
54292 Trier  
Telefon: +49 651 1459225  
Fax: +49 651 1459227  
WK\_Email:  
katrin.werner.wk@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Schweitzer,  
sehr geehrte Frau Fraktionsvorsitzende Klöckner,  
sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Köbler,

wie im gesamten Bundesgebiet ist die Situation von freiberuflichen Hebammen auch in Rheinland-Pfalz katastrophal. Die gesetzlich vorgeschriebene Berufshaftpflichtversicherung ist durch ständig steigende Beitragssätze für die übergroße Mehrheit der Hausgeburtshebammen und Entbindungspfleger nicht mehr finanzierbar. Betrogen die jährlichen Haftpflichtprämien der Versicherungen 1992 noch 179 €, sind sie mittlerweile auf fast 5 800 € angestiegen. Alleine in der Region Trier haben deshalb im Laufe der letzten Monate alle verbliebenen freiberuflichen Geburtshilfshebammen ihre Tätigkeit aufgeben müssen. Das führt dazu, dass die Freiheit der Wahl des Geburtsortes und der Art der Geburt nach § 34 f Satz 2 SGB V schon jetzt nicht mehr für alle Schwangeren gewährleistet werden kann.

Das Verschwinden der freiberuflichen Hebammen zieht zudem mehrere Folgeprobleme nach sich. Zum einen führt die wachsende Inanspruchnahme der Krankenhäuser für Entbindungen dazu, dass auch das Betreuungsmodell der Beleggeburt, also die Eins-zu-eins-Betreuung der Schwangeren durch nur eine Hebamme, für werdende Mütter noch weniger als zurzeit zugänglich sein wird. Zum anderen resultiert daraus eine Überlastung der Hebammen durch Arbeitsverdichtung, die schon heute zu kritischen Momenten in der Versorgung führt. Des Weiteren geht mit der stärkeren Belastung der Krankenhäuser auch eine Erhöhung der Anzahl an Entbindungen durch Kaiserschnitt einher, die sich finanziell für die Kliniken besonders auszahlen. So liegt Trier mit einer Kaiserschnitttrate von rund 64 Prozent fast 50 Prozent über der von der Weltgesundheitsorganisation als zulässig betrachteten Rate von höchstens 15 Prozent. Auch führt die immer geringer werdende Anzahl an verfügbaren Hebammen letztlich zu einer verminderten Versorgungsqualität der Geburtshilfe, aber auch bei der Nachsorge und Betreuung der Wöchnerinnen, da weniger Zeit



**Katrin Werner**

Mitglied des Deutschen Bundestages

für einzelne Mütter eingeplant werden muss. Die rigiden Zeitvorgaben der Krankenkassen – etwa 20 Minuten pro Hausbesuch – erhöhen den Druck zusätzlich. Schlussendlich verursacht die abnehmende Zahl der Hebammen gerade in den ländlichen Regionen weite Anfahrtswege sowohl für Hebammen als auch für Schwangere. Die Folgen können dabei in Notfällen verheerend sein.

DIE LINKE sieht bei der geschilderten Problematik dringenden Handlungsbedarf. Deshalb fordern wir die schnellstmögliche Schaffung eines öffentlichen, beitragsfinanzierten Haftungsfonds für alle Leistungserbringerinnen und –erbringer in pflegerischen und medizinischen Berufen, denn nicht nur Hebammen sind von horrenden Haftpflichtbeiträgen betroffen. Wer die Absicherung von Geburtsrisiken weiter der privaten Versicherungswirtschaft überlässt, riskiert damit das endgültige Aus der freiberuflichen Hausgeburtshelferinnen und damit das Ende der Wahlfreiheit bei Geburtsart und –ort. Hebammen, und mit ihnen alle Gesundheitsberufe, müssen endlich vor den Versicherern geschützt werden!

Des Weiteren sind dringend Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammen zu ergreifen, besonders in ländlichen Regionen mit weiten Entfernungen zu Krankenhäusern. Hierzu ist in erster Linie die flächendeckende Einrichtung von regionalen Koordinierungsstellen für Hebammen erforderlich. Auch muss das Modell der hebammengeleiteten Kreißsäle weiter gefördert und insgesamt durch höhere Investitionen in Geburts- und Kinderkliniken abgesichert werden. Zu guter Letzt sollte das Angebot an aus Landesmitteln finanzierten Fortbildungsmaßnahmen für Hebammen erheblich erweitert werden.

Die aktuelle Situation der Hebammen ist mittlerweile derart dramatisch, dass entschiedenes und konsequentes Handeln nicht weiterhin auf die lange Bank geschoben werden darf. Daher sieht DIE LINKE Sie und Ihre Fraktionen in der Pflicht, sich für die schnelle Einleitung von wirksamen Methoden durch die rheinland-pfälzische Landesregierung einzusetzen und auf deren unmittelbare Umsetzung zu pochen. Andernfalls riskieren und begünstigen Sie das gänzliche Verschwinden des Berufsstandes der freiberuflichen Hebammen.

Mit freundlichen Grüßen,

Katrin Werner, MdB

-Landesvorsitzende DIE LINKE. Rheinland-Pfalz-